



SPD-Fraktion *direkt*

Ausgabe 2015 | 31

16.10.2015

INHALT

ZUR LAGE **2**

ZUR WOCHE **3**

SPD-FRAKTION ENTSETZT ÜBER RADIKALE SCHMIEREREIEN	3
BEI BILDUNG UND GANZTAGSANGEBOTEN NICHT AUF BELIEBIGKEIT SETZEN	3
LINDERUNG FÜR LÄRMGEPLAGTES MITTELRHEINTALS IN GREIFBARE NÄHE	4
GROSSE VERÄNDERUNGEN IN DER LANDWIRTSCHAFT	4
UNAUSGEGORENES UND UNPASSENDES CDU-KONZEPT ZUR FAMILIENPOLITIK	5



ZUR LAGE

Liebe Genossinnen und Genossen,

Integration, demografischer Wandel, Infrastruktur, Digitalisierung – Wir stehen in unserem Land vor großen Umbrüchen. Davon gekennzeichnet haben die Beratungen des Haushaltsentwurfs, den **unsere Finanzministerin Doris Ahnen** eingebacht hat, begonnen. Es zeigt sich, dass **unsere Ministerpräsidentin Malu Dreyer** Vorsorge für eine gute Zukunft unseres Landes trifft. Wir gehen die Herausforderungen rechtzeitig an und gestalten Rheinland-Pfalz als offenes, gerechtes und lebenswertes Land.

Gemeinsam mit unseren Kollegen aus dem Bund und den Ländern haben **unser Parlamentarischer Geschäftsführer Carsten Pörksen** und ich über die schwierige Herausforderung der Versorgung und Integration der Flüchtlinge beraten. Klar ist: Wir müssen offen aussprechen, wie die Lage ist.

Länder und Kommunen, die Helfer aus der Zivilgesellschaft und den Hilfsorganisationen – alle kommen an ihre Belastungsgrenze. Unsere Erfahrungen vor Ort und auch aus der Diskussion in der Landtagsfraktion diese Woche zeigen: Viele Bürgerinnen und Bürger – gerade auch die vielen Helferinnen und Helfer selbst – fragen sich, ob das hohe Tempo, mit dem Flüchtlinge zu uns nach Rheinland-Pfalz kommen, auf Dauer verkraftbar ist. Das ist die entscheidende Frage, wenn wir in der Lage bleiben wollen, die zu uns kommenden menschenwürdig unterzubringen und erfolgreich zu integrieren. **Unsere Ministerpräsidentin Malu Dreyer** hat dazu die richtigen Worte gefunden: „Damit Integration gelingt, müssen wir versöhnen anstatt zu spalten. Was so einfach klingt, haben aber noch nicht alle verstanden – schon gar nicht in Bayern und auch nicht jede in Rheinland-Pfalz!“

Wir haben gerade wieder einmal die Aufgabe, unsere Gesellschaft zusammenzuhalten. Das können wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten besonders gut. Integrativ zu wirken ist sozialdemokratische DNA. Dabei führen wir eine ehrliche Debatte.

Wir beschreiben die gewaltige Aufgabe ohne Illusionen. Wir stellen uns den Debatten vor Ort und nehmen die Sorgen auf. Es ist klar: Einfache Lösungen, die von heute auf morgen wirken – die gibt es nicht. Wer anderes behauptet, der macht falsche Versprechungen. Und erweist der Demokratie einen Bärendienst.

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Alex Schweitzer'.

Alexander Schweitzer

ZUR WOCHEN

SPD-Fraktion entsetzt über radikale Schmierereien

Die SPD-Landtagsfraktion hat sich diese Woche mit den offensichtlich rechtsradikalen Schmierereien beschäftigt, die am vergangenen Wochenende an das Büro unseres Abgeordneten **Walter Feiniler** in Speyer geschrieben worden sind. Unbekannte hatten dort großflächig Sprüche wie „Fuck Scharia Partei“, „Anti Scharia“, „Fuck SPD“ angebracht sowie „Tötet [Name einer örtlichen SPD-Politikerin, die sich für Flüchtlinge engagiert]“. **Unser Fraktionsvorsitzender Alexander Schweitzer** erklärt dazu: „Das sind nicht einfach nur unpassende Schmierereien, diese Aktion hat eine neue Qualität. Mit klaren Worten wurde eine Politikerin als Zielscheibe dargestellt. Es fällt schwer, einfach zur Tagesordnung zurückzukehren. Die Schmierereien müssen als sehr nachdrückliche Botschaft verstanden werden. Klar ist: Alle demokratischen Kräfte müssen sehr sorgsam die Worte wählen, wenn sie über Flüchtlinge und Flüchtlingspolitik debattieren. Menschen, die sich für Flüchtlinge stark machen, dürfen nicht bedroht werden. Sie brauchen vielmehr die unmissverständliche Unterstützung aller demokratischer Kräfte, von Zivilgesellschaft, Kirchen und Verbänden.“

Walter Feiniler sagt: „Trotz des Vorfalls werden wir nicht nachlassen in dem Engagement für Menschen, die vor Krieg und Krisen geflohen sind und in Deutschland Schutz suchen. Sehr positiv ist, dass wir in den vergangenen Tagen viel Unterstützung und aufmunternden Zuspruch erhalten haben.“

Bei Bildung und Ganztagsangeboten nicht auf Beliebigkeit setzen

„Bei Ganztagschulen und Ganztagsangeboten darf es keine Beliebigkeit geben“, erklärt unsere bildungspolitische Sprecherin, **Bettina Brück**, anlässlich der jüngsten Berichterstattungen über Ganztagschulen. „Die CDU-Landtagsfraktion weckt mit ihren Plänen den Eindruck, dass Väter und Mütter einer Klasse jeweils für ihre Kinder gänzlich frei entscheiden dürfen, an welchem Tag ihr Kind nachmittags unterrichtet oder betreut wird und an welchen nicht. Solche Versprechungen sind realitätsfremd und pädagogisch nicht sinnvoll. Zum einen ist es aus pädagogischen Gesichtspunkten wichtig, dass eine gewisse Anzahl an Schülerinnen und Schülern anwesend ist. Zum anderen sind sich Bildungsforscher einig, dass Verlässlichkeit und Kontinuität wichtige Pfeiler für einen qualitativ hochwertigen Unterricht sind.“

Für die SPD-Fraktion ist klar: Es darf in der Bildungspolitik keine Denkverbote geben. Dabei geht es aber darum, Angebote stetig weiterzuentwickeln – im Sinne der Kinder und Eltern. Neben dem Ausbau der Ganztagschulen und -angebote werden auch Qualitätsverbesserungen in den Blick genommen. Bei Ganztagsschulangeboten stand bundesweit bisher zu oft der Aspekt der Betreuung im Mittelpunkt; dabei kommt es entscheidend auf das qualitativ hochwertige pädagogische Konzept an. Hausaufgabenbetreuung und unterrichtsvertiefende Angebote müssen genauso Standard sein, wie ein angemessener Anteil von Lehrkräften und außerschulischen Partnern beim Nachmittagsangebot.

Mit Blick auf die CDU-Vorschläge sagt **Bettina Brück**: „Offenbar hat die CDU-Fraktion das rheinland-pfälzische Ganztagschulsystem nicht richtig verstanden, oder sie kennt die Realitäten nicht. Die CDU fordert, dass die Hausaufgabenbetreuung bis 15 Uhr abgeschlossen sein solle; tatsächlich geschieht das schon in den meisten Fällen, denn eine verlässliche Hausaufgabenerledigung ist den Eltern eines der wichtigsten Anliegen und einer der wichtigsten Akzeptanzfaktoren. Experten sind sich einig, dass rhythmisierte Unterrichtsangebote über den Tag verteilt die beste Lösung sind – da kann es keine tageweise wählbare Teilnahme geben. Faktisch falsch ist, dass die sogenannten Angebots-Ganztagschulen eine Teilnahme-Verbindlichkeit für ‚alle‘ Tage hätten; sie hat sie für vier Tage und bezieht in hohem Maße außerschulische Partner aus dem Sport, der Musik oder der Kunst ein. Die CDU muss sich entscheiden, ob sie Ganztagschulen will, die den Namen auch verdienen, oder eine reine Betreuung. Die SPD steht klar zum Qualitätskonzept eines hochwertigen pädagogischen Angebots.“

In Rheinland-Pfalz ist jede zweite Schule eine echte Ganztagschule. Das Bundesland nimmt damit einen bundesweiten Spitzenplatz ein.

Linderung für lärmgeplagtes Mittelrheintal in greifbare Nähe

„Die Halbierung des durch Güterverkehr verursachten Bahnlärms im Mittelrheintal bis 2020 durch den Einsatz von Flüsterbremsen ist schon lange unser erklärter Plan und hat auch heute uneingeschränkt Bestand. Die Klarstellung von **unserem Verkehrsminister Roger Lewentz** und seinen Verkehrsministerkollegen ist eine wichtige Nachricht für all die lärmgeplagten Bürgerinnen und Bürger des Mittelrheintals“, zeigt sich **unsere stellvertretende Fraktionsvorsitzende Astrid Schmitt** erfreut über die Verlautbarungen **unseres Verkehrsministers Roger Lewentz**, seines hessischen Amtskollegen sowie des Bundesverkehrsministers anlässlich der Verkehrsministerkonferenz in Worms.

„Dass die Europäische Kommission plant, entsprechende Vorgaben EU-weit zu harmonisieren, ist ja schön und gut. Nur: Für die lärmgeplagten Bürgerinnen und Bürger im Mittelrheintal kommt Frau Kommissarin Bulc mit ihrem Vorstoß viel zu spät. Eine Verzögerung lärmmindernder Maßnahmen auf das Jahr 2022 und darüber hinaus ist deshalb nicht hinnehmbar“, fasst **Astrid Schmitt** die berechtigte Wut der Bürger in Worte. „Sie warten schon heute lange auf eine Linderung, die nun auch auf Druck unserer rot-grünen Landesregierung in greifbare Nähe rückt. Dass **Roger Lewentz** und der Bundesverkehrsminister noch einmal klargestellt haben, dass es keine Änderung des Zeitplans geben wird, war daher ein wichtiges Signal.“

Große Veränderungen in der Landwirtschaft

Die Landwirtschaft ist seit Jahren großen Veränderungen ausgesetzt. Herausforderungen wie die Globalisierung, der Strukturwandel, der Klimawandel und die Düngeverordnung erfordern technische und konzeptionelle Anpassungen in der Landwirtschaft. Es war daher nur folgerichtig, auch die Agrarverwaltung neu aufzustellen. Beispielsweise musste auf neue Betätigungsfelder wie den Energiepflanzenanbau oder den Bio-Boom reagiert werden.“



Unser agrarpolitischer Sprecher **Thorsten Wehner** sagt zum Konzept der Landesregierung zur Neustrukturierung: „*In einem ersten Schritt sind mit zusätzlichen Finanzmitteln die Voraussetzungen für eine flexible Personalausstattung der Dienstleistungszentren Ländlicher Raum in der Fläche ermöglicht worden. Nun wird es darauf ankommen, wie das Personal für Beratung, Schule und Versuchswesen zielgerichtet gesteuert werden kann. Das will die CDU wohl bewusst missverstehen. Die Agrarverwaltung wird modernisiert und gleichzeitig werden die Anregungen des Rechnungshofs aufgenommen, der eine strukturelle Neuausrichtung gefordert hat. Weiterhin ist die Agrarverwaltung auf die Beratung zur Produktion hochwertiger Lebensmittel ausgerichtet. Die CDU-Fraktion stellt sich als Kraft dar, die Konzepte ablehnt, aber keine eigenen Vorschläge und Maßnahmen beisteuert. Die SPD-Fraktion steht an der Seite der Landwirtinnen und Landwirte und wird sich weiter für eine moderne und zukunftsfähige Landwirtschaft einsetzen.*“

Unausgegorenes und unpassendes CDU-Konzept zur Familienpolitik

Unsere familienpolitische Sprecherin **Ingeborg Sahler-Fesel** bezeichnet die vorgebrachten Forderungen der CDU-Landtagsfraktion zu kinderreichen Familien als „*unausgegoren und unpassend*“. So will die CDU-Fraktion etwa, die aus dem Betreuungsgeld frei werdenden Mittel – zumindest zum Teil – kinderreichen Familien zukommen lassen. Allerdings hält sie Einzelheiten zurück, und das Geld ist ja bereits verteilt. Es ist vereinbart worden, dass die Mittel den Ländern für Kindertagesstätten zur Verfügung gestellt werden – für den Kita-Ausbau, für die Steigerung der Betreuungsqualität und für die gezielte Sprachförderung von deutschen und nichtdeutschen Kindern, die noch Probleme mit der deutschen Sprache haben.

Eine CDU-Forderung lautet, dass kinderreiche Familien in Schulen als begrüßenswerte Lebensform behandelt werden. Als SPD-Fraktion lehnen wir es ab, in Schulen einzelne Lebensformen positiver darzustellen als andere. In der freiheitlichen Gesellschaft sollte jeder Mensch frei und selbstständig entscheiden können, welche Form des Zusammenlebens er bevorzugt. Eine rückwärtsgewandte Familienpolitik ist mit der SPD-Landtagsfraktion nicht zu machen.

Mit Blick auf die CDU-Forderung nach einer gezielten Förderung von Mehrkindfamilien in Kindertagesstätten sagt **Sahler-Fesel**: „*Die CDU-Fraktion tritt dafür ein, dass Mehrkindfamilien für das zweite und dritte Kind keine Gebühren zahlen. Fakt ist: In Rheinland-Pfalz zahlen Eltern für Kinder ab zwei Jahren grundsätzlich keine Gebühren, also auch nicht für das dritte oder vierte Kind. Rheinland-Pfalz ist in vielen Bereichen bundesweites Vorbild in der Familien- und Bildungspolitik.*“